

**Gegenstand: Seebrücke;
Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke vom 27.07.2019
[Vorlage: 0022/2019](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Förster. Der Antrag sei ein Angebot an die Bundesregierung, dass Speyer auch weitere Flüchtlinge aufnehmen will.

Herr Schneider trägt die Gründe vor, warum seine Wählergruppe diesen Antrag nicht unterstützen wird. Die Seenotretter bringen Gerettete nicht in den nächsten sicheren Hafen, sondern gezielt nach Europa. Darin sieht die WGS einen klaren Verstoß gegen das Seerecht. Diese Praxis führt zur Auszehrung und Destabilisierung in den Herkunftsländern, da vor allem arbeitsfähige junge Männer aus der Mittelschicht abwandern und fehlen. Er unterstellt eine Komplizenschaft der Seenotretter mit den Schlepperbanden, die riesige Gewinne einstreichen und spricht von der „Macht der großen Zahl“. Die Bevölkerungsraten in Afrika wachsen enorm. Weiter mit offenen Grenzen zu operieren, treibe Europa in die Katastrophe. Eine Formulierung wie: „Jeder Stadtrat, der zustimmt, nimmt einen Flüchtling auf“, wäre konsequent. Eine Sozialisierung der Kosten auf den Steuerzahler lehnt die WGS ab.

Herr Jaberg widerspricht entschieden und spricht von Zynismus. Er erinnert daran, dass man sich bereits im Februar mit dem Thema beschäftigt hatte. Bündnis 90/Die Grünen werden dem Antrag zustimmen, der primär Symbolcharakter hat. Deutschland trägt eine Mitverantwortung für die Fluchtursachen durch Waffenlieferungen und Kriege.

Frau Höchst wiederum definiert für die AfD „Verantwortung“ vorab anhand christlicher Überlegungen. Aus Sicht afrikanischer Geistlicher bedeutet Massenmigration Leid in der verlassenen Heimat und eine neue Form der Sklaverei, während das „christliche Abendland“ durch die demografische Entwicklung der Christen ausstirbt. Auch Friedensnobelpreisträger Obama hat in ähnlicher Situation kubanische Flüchtlinge nach Kuba zurückgeführt. Europa und Speyer müssen diesen Magneten für Schleusertätigkeiten abstellen.

Herr Dr. Wilke sieht die CDU-Position sehr nah bei den Grünen. Allerdings ist er überrascht über den Antrag und verweist auf den Ratsbeschluss aus dem Frühjahr, der sich klar gegen eine Kriminalisierung der Seenotrettung aussprach. Die CDU hält das Stadtparlament nicht für das richtige Gremium, da es keine Außenpolitik machen kann. Man könnte dem Antrag mit Ausnahme von Ziffer 2. und dem letzten Satz zustimmen.

Herr Popescu bedauert, dass sich die CDU dem Koblenzer Appell nicht anschließen will. Humanismus bedeutet, eben nicht nach Herkunft, Hautfarbe oder Religion zu fragen.

Die SWG ist laut Frau Selg inhaltlich 100 % beim Anliegen bei den Linken, aber nicht in der Art der Umsetzung. Flüchtlinge, die man hier aufnimmt, müssen gut untergebracht werden. Dabei spielt es keine Rolle, auf welchem Weg sie hierhergekommen sind.

Für Herrn Förster ist wichtig, dass man im Kleinen etwas unternimmt, auch wenn es nur ein symbolischer Beitrag ist.

Herr Haupt unterstreicht, die AfD werde am Antrag nicht zustimmen. An die Grünen gerichtet erinnert er daran, dass die Kampfeinsätze in fremden Ländern mit deren Zustimmung im Bund stattfinden.

Für Herrn Brandenburger läuft die Diskussion in die gleiche Richtung wie im Frühjahr. Es sei nicht Aufgabe des Stadtrates, eine solche Entscheidung zu treffen. Entweder werde der Antrag in den Ältestenrat verwiesen oder abgewandelter Form zur Abstimmung gebracht. Die Vorsitzende verdeutlicht, der Antrag sei als Appell zu verstehen, nicht als konkreter Maßnahmenbeschluss.

Frau Heller erinnert an Titel wie Fair Trade Stadt, Stadt mit Courage etc.; auch hier handelt es sich im Wesentlichen um symbolische Züge. Daher wirbt sie für Zustimmung zu diesem Symbol für Rettung aus Seenot.

Herr Feiniler bittet um Konkretisierung. Handelt es sich nun um einen lediglichen Appell oder einen konkreten Antrag? Aus Sicht der Vorsitzenden ist dies ein Appell zur Unterstützung der Position.

Herr Hasenöhrle unterstreicht, auch die AfD trete für die Rettung von Menschen in Not ein, man müsse aber auch die Umstände der Notlage beachten. Es bestehe keine unmittelbare Bedrohung in den Ländern, von denen aus sie sich mit diesen Booten auf den Weg machen. Er wirft die Frage auf, ob man einem Menschen Geld geben würde, der droht, sich andernfalls zu erschießen, und spricht von Schlepperunterstützung durch einen Fehler im System.

Herr Ableiter erinnert daran, dass der Stadtrat an die Bundesregierung „appelliert“. Die BGS kann dem Appell zustimmen, trotz eines bedenklichen Zusammenhangs mit dem Schlepperunwesen.

In vielen Städten wurde laut Herrn Oehlmann die gleiche Diskussion geführt, manche Kommunen entschieden pro andere contra diesen Antrag. Er persönlich hegt Zweifel an der Rechtmäßigkeit, es sei denn, es handelt sich um einen rein symbolischen Appell.

Frau Selg schlägt als Kompromissformel vor: Der Stadtrat beschließt folgenden Appell: „Der Stadtrat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen.“ Auch Herr Dr. Wilke plädiert dafür, den 2. Punkt des Antrags zu streichen, der laut Herrn Popescu eine rein deklaratorische Position darstelle.

In der sich anschließenden Diskussion schlägt die Vorsitzende vor, lediglich den Nebensatz der Deklaration als sicherer Hafen herausnehmen. Dies wird von der antragstellenden Fraktion abgelehnt. Es wird über die unveränderte Fassung abgestimmt.

Herr Dr. Lorenz kritisiert, dass Resolutionen vor Einbringung in den Rat abgestimmt werden sollten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Speyer fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Die Linke wird in unveränderter Form zur Abstimmung gebracht. Er wird mit 19 Stimmen (Linke, SPD, Grüne, BGS, 1 SWG) mehrheitlich angenommen.

Gegen den Antrag stimmen 4 Ratsmitglieder (AfD, WG Schneider).
Es enthalten sich 14 Ratsmitglieder (CDU, FDP, SWG).